

Nr. 23 | 28.11.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich
Ihr
Egon Jüttner



HEUTE LESEN SIE IM

BERICHT AUS BERLIN:

1. Festlegung des Bundeshaushaltplans 2015
2. Relevantes aus Mannheim



1. Festlegung des Bundeshaushaltsplans für das Jahr 2015

In der vergangenen Woche hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt für das Jahr 2015 beschlossen und dabei Geschichte geschrieben. Erstmals seit 1969 hat der Bundestag einen Haushalt ohne neue Schulden verabschiedet. Mit dem Beschluss des Haushalts wurde ein zentrales Versprechen der Union umgesetzt: CDU und CSU haben dafür gesorgt, dass die Ausgaben des Bundes ohne Steuererhöhungen finanziert werden. Die Koalition hat mit diesem Haushalt ihre Schwerpunkte definiert und politische Impulse gesetzt, ohne von ihrer haushaltspolitischen Gesamtlinie abzuweichen.

Im kommenden Jahr darf der Bund maximal 299,1 Milliarden Euro ausgeben. Dies sind drei Milliarden mehr als in diesem Jahr. Zur Deckung der Ausgaben sollen im kommenden Jahr die Steuereinnahmen in Höhe von geschätzten 277,5 Milliarden Euro und weitere Einkünfte etwa aus den Beteiligungen des Bundes an der Telekom oder an der Bahn von rund 21,6 Milliarden Euro ausreichen. Für Entlastung sorgt außerdem, dass der Bund 2015 mit einer Rückzahlung von EU-Beiträgen von 2,2 Milliarden Euro rechnet. Zudem reduzieren sich die Ausgaben bei der Finanzierung der Postbeamtenversorgung um 560 Millionen Euro. Die sogenannte „schwarze Null“ soll auch in den Folgejahren erreicht werden. Die Ausgaben sollen 2015 nur um 1,0 Prozent auf 299,5 Milliarden Euro steigen. 2016 klettern sie um 3,7 Prozent, in den Folgejahren bis 2018 um die jeweils drei Prozent auf 329,3 Milliarden Euro. Der Zuwachs liegt unter dem Plus der nominalen Wirtschaftsleistung. Die Steuereinnahmen sollen zwischen 2014 und 2018 von 268,2 Milliarden auf 311,8 Milliarden Euro steigen. 1,3 Milliarden Euro sind außerdem aus der Brennelemente-steuer veranschlagt. Aus der von Deutschland und anderen EU-Staaten angestrebten, aber ungewissen Finanztransaktionssteuer sind noch keine Einnahmen unterstellt. 21 Milliarden Euro sollen 2015 aus anderen Quellen kommen - etwa aus dem Bundesbank-Gewinn, der auch zur Schuldentilgung genutzt wird. Eine Altlastentilgung mit Steuergeldern wurde vertagt. Es soll nur der Anteil der Schulden an der Wirtschaftsleistung sinken. Bis Ende 2017 soll die Schuldenquote auf unter 70 Prozent und in zehn Jahren unter 60 Prozent gedrückt werden. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble nannte die "schwarze Null" eine Selbstverpflichtung für die Zukunft. "Daran werden wir alle, auch unsere Nachfolger, gemessen werden", sagte der Bundesminister in seiner Rede im Plenum. Schäuble betonte zugleich, die Regierung werde im Rahmen begrenzter finanzieller Spielräume "alles zur Verstärkung der Investitionen tun". Mit zusätzlichen Investitionen, insbesondere in die öffentliche Infrastruktur und Energieeffizienz, stärkt die Koalition das Fundament für weiteres Wachstum und damit für mehr Beschäftigung. Investitionsanstieg, aber keine neuen Schulden – das sind gute Nachrichten für die nachfolgenden Generationen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen lässt sich für die einzelnen Ressorts wie folgt zusammenfassen:

Arbeit und Soziales

Der bei weitem größte Etat ist der für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Er wird im kommenden Jahr 125,5 Milliarden Euro betragen. Damit wurden 704 Millionen Euro mehr beschlossen, als dies ursprünglich vom Kabinett geplant wurde. Für veränderte politische Schwerpunkte bleibt jedoch nur ein geringerer Spielraum, da der überwiegende Anteil durch gesetzliche Pflichten gebunden ist. Im Wesentlichen kommt es zu ausgabenerhöhenden Anpassungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie des Arbeitslosengeldes II. Zusätzliche Personalausgaben fallen durch die Einrichtung der Geschäftsstelle der Mindestlohnkommission an.

Gesundheit

Bei 12,06 Milliarden Euro wird der Etat des Gesundheitsministeriums 2015 insgesamt liegen. Der vorgeschlagene Etat wurde vom Bundeskabinett um 11 Millionen Euro erhöht. Damit steht Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe im kommenden Jahr für seine Arbeit fast eine Milliarde Euro mehr für seine Arbeit zur Verfügung als noch 2014. Akzente wurden bei der Bekämpfung neuer Infektionskrankheiten, der Kindergesundheit und der Drogenprävention gesetzt. Weitere Mittel wird es auch zur Förderung der Gesundheit von Flüchtlingen in Deutschland geben.

Verteidigung

Auch beim Etat des Bundesverteidigungsministeriums hat der Deutsche Bundestag den Kabinettsentwurf um 713 Millionen Euro erhöht, so dass er für das kommende Jahr knapp 33 Milliarden Euro beträgt. Die weltweite Sicherheitslage erfordert auch finanziell ein Umdenken, was den Stellenwert der Bundeswehr angeht. Bei der Umsetzung der Streitkräfteform geht es jetzt um die Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr sowie ihre Stärkung im Rahmen internationaler Einsätze. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt sind die großen militärischen Beschaffungsmaßnahmen.

Bildung und Forschung

2015 ist der nächste Rekordhaushalt für Bildung und Forschung. Seit 2005 wurden die Mittel verdoppelt und betragen 2015 15,3 Milliarden Euro. Der Nutzen ist greifbar: Deutschland hat die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, die Hochschulen boomen und Deutschland belegt in den internationalen Innovationsrankings Spitzenplätze. Der Unionsfraktion war es wichtig, 2015 besonders die berufliche Bildung zu stärken. Durch Ausweitung der qualitativ hochwertigen zweiwöchigen Berufsorientierungsmaßnahmen möchte die Koalition Ausbildungs- und Studienabbrüchen vorbeugen. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten erhalten aufgrund von Mehrbedarf ebenfalls einen Aufwuchs. Vor allem auch stärkt die Koalition spürbar die Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung. Zusätzliche Impulse für die Forschung setzt die Koalition bei der Forschung an Fachhochschulen sowie der Produktions- und Dienstleistungsforschung.



Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Für das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat der Deutsche Bundestag für das kommende Jahr 6,5 Milliarden Euro beschlossen. Dies liegt vor allem an den aktuellen Schwerpunkten der Ebola-Epidemie in Westafrika sowie der umfangreichen Flüchtlingsproblematik. Überdies steigen die Beiträge an die Vereinten Nationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen, ebenso diejenigen für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria. Deutschland kommt somit seiner internationalen Verantwortung auch im nächsten Jahr nach. Nicht zuletzt beschloss der Haushaltsausschuss in der Bereinigungssitzung einen Aufwuchs von 5 Millionen Euro für den Titel „Ziviler Friedensdienst“.

Wirtschaft und Energie

Die Energiewende umsetzen, in Forschung und Entwicklung investieren, Wachstumsimpulse fördern. Dies sind die Schwerpunkte des Bundeswirtschaftsministeriums im Haushaltsentwurf 2015. Der Etat beträgt für das kommende Jahr rund 7,31 Milliarden Euro. 2015 sind für Investitionen 1,47 Milliarden Euro eingeplant sowie für Zuweisungen und Zuschüsse 4,88 Milliarden Euro. Damit soll das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu mehr Wachstum, Innovation und Beschäftigung in Deutschland beitragen. Außerdem wird die Förderung der Forschungsinfrastruktur aufgestockt. Im Bereich der energetischen Gebäudesanierung werden die Zuschüsse der KfW-Bankengruppe an die aktuelle Bedarfsschätzung angepasst und deutlich von 147 auf 686 Millionen Euro erhöht.

Verkehr und digitale Infrastruktur

Dem Bundesverkehrsministerium stehen im kommenden Jahr 23,28 Milliarden Euro zur Verfügung. Mehr als die Hälfte davon, knapp 13 Milliarden, sind für Investitionen vorgesehen. Wachstum und Wohlstand könne man nicht von der Infrastruktur entkoppeln, erklärte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt bei seiner Rede im Bundestag. "Es geht jetzt auch darum, dass wir den Sprung in die Digitalisierung schaffen. Es wird kein Wirtschaftswachstum ohne Datenwachstum geben", so Dobrindt. Insgesamt sind für den Etat des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur im kommenden Jahr 23,28 Milliarden Euro vorgesehen. Dies sind rund 420 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Die Investitionen sollen 2015 auf knapp 13 Milliarden Euro steigen. 2014 waren es 12,55 Milliarden. Damit bleibt der Verkehrsetat der größte Investitionshaushalt des Bundes. Im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode war vereinbart worden, dass für dringend notwendige Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur insgesamt fünf Milliarden Euro zusätzlich mobilisiert werden. Davon sind für 2015 eine Milliarde Euro für Investitionen in Straße, Schiene und Wasserstraße veranschlagt. Im Verkehrsbereich stellt die Große Koalition jeweils zehn Millionen Euro für Lärmschutzmaßnahmen an Bundesfernstraßen und Schienenwegen zur Verfügung. Zudem wird ein Programm zur Stärkung der Investitionskraft der Deutschen Flugsicherung aufgelegt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Luftfahrtstandortes Deutschland zu erhalten. Weitere Akzente betreffen die Bereiche Verkehrserziehung und Radwege.



Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Das Ressort des Bundesministeriums Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird im Jahr 2015 8,5 Milliarden Euro bereit gestellt bekommen. Im Vorjahr lag der Ausgaberahmen noch bei 8 Milliarden Euro. Maßgeblich für den Aufwuchs sind das Elterngeld, aufgestockte Zuweisungen an Opfer der Heimerziehung sowie zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Islamismus, Salafismus und Antisemitismus.

Auswärtiges Amt

Ausschlaggebend für die im kommenden Jahr zur Verfügung stehenden 3,7 Milliarden Euro des Außenministeriums sind die akuten Krisenherde weltweit einschließlich der notwendigen umfangreichen Hilfsmaßnahmen im humanitären Bereich. Unter anderem stellt der Deutsche Bundestag zusätzlich 35 Millionen Euro für die stärkere Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften in der Ukraine, Moldawien, Georgien, Belarus sowie den Staaten des mittleren Ostens und Nordafrikas zur Verfügung. Zur Stärkung der interkulturellen Zusammenarbeit werden dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, den Deutschen Auslandsschulen und dem Goethe-Institut die notwendigen Mittelaufstockungen gewährt. In seiner Rede vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestags ging Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf die zahlreichen Herausforderungen für die deutsche Außenpolitik angesichts der Konflikte in der Ukraine, im Irak und in Syrien sowie der vielen Krisen in der Welt ein. Der Außenminister dankte den gewählten Vertreterinnen und Vertretern - und insbesondere den Berichterstattern im Haushaltsausschuss, dass sie "die Bemühungen der Diplomatie unterstützen" und dies auch im Haushalt 2015 Niederschlag finde. Steinmeier warb in seiner Rede für "eine aktive Außenpolitik" und ging dabei vor allem auf zwei Bereiche in der Arbeit des Auswärtigen Amtes ein: die Humanitäre Hilfe und die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

2. Relevantes aus Mannheim

Bundesweiter Vorlesetag: Jüttner liest Viertklässlern der Interkulturellen Waldorfschule vor

Im Rahmen des bundesweiten Vorlesetags der Stiftung Lesen besuchte ich eine Schule in meinem Wahlkreis. Ich las der 4. Klasse der Freien Interkulturellen Waldorfschule aus dem Buch „Die Kinder des Kesselflickers“ vor und tauchte gemeinsam mit ihnen in das Mannheim des Jahres 1749 ein, wo die Kinder des bettelarmen Kesselflickers ihren unschuldig verhafteten Vater aus dem Gefängnis befreien wollen und dabei üblen Machenschaften auf die Spur kommen. Das Buch des Mannheimer Grund- und Hauptschullehrers Volker Keller fügt sich hervorragend in das Thema „Mannheim“ ein, dem sich die Schülerinnen und Schüler in diesem Schuljahr intensiv widmen. Der spannende Einstieg regte die Zuhörerinnen und Zuhörer an, das Buch auf eigene Faust weiterzulesen.

Genau das ist auch eines der Ziele des Bundesweiten Vorlesetags, einer gemeinsamen Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung. Bücherfreunde, Prominente und Politiker lesen an diesem Tag Senioren und Behinderten, vor allem aber Kindern in Kindergärten und Schulen vor, um Lesekompetenz zu fördern, Freude an Literatur zu wecken, Leseschwäche vorzubeugen und Bildungschancen zu eröffnen.



Bild: Egon Jüttner mit Schülerinnen und Schülern der 4. Klasse der Freien und Interkulturellen Waldorfschule

Jüttner gratuliert Schönauer Schülerfirma zum Gewinn des Bundes-Schülerfirmen-Contests

Dass die Schülerfirma „Die Zweitbesten“ vom Johanna-Geissmar-Gymnasium Schönau den mit 2.000 Euro dotierten Bundes-Schülerfirmen-Contests gewonnen hat, hat mich sehr gefreut. In einer Videobotschaft während der Preisverleihung im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gratulierte ich den Schönauer Schülern: „Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Mannheim freue ich mich ganz besonders, dass mit den „Zweitbesten“ eine Mannheimer Schülerfirma gewonnen hat. Mit ihrer Werbeagentur erfahren die Schülerinnen und Schüler wirtschaftliche Grundkenntnisse in Theorie und Praxis. Sie erwerben Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein, Teamfähigkeit und bereiten sich so auch für ihr späteres Berufsleben vor.“ Der Bundes-Schülerfirmen-Contest stand unter der Schirmherrschaft von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Er ist ein Projekt der Unternehmerfamilie Müller. Mit diesem Projekt, das 2010 ins Leben gerufen wurde, soll der deutsche Unternehmernachwuchs gefördert werden und Jugendliche sollen darin unterstützt werden, sich bereits während der Schulzeit unternehmerisch zu betätigen.

Neben der Übergabe der Preise und der Vorstellung der einzelnen Schülerfirmen gab es eine Gesprächsrunde mit Jungunternehmern sowie Gründern, von deren Erfahrungen und fachlichen Informationen die Schülerinnen und Schüler profitieren sollen.

Am Tag zuvor besuchten die Schülerinnen und Schüler des Johanna-Geissmar-Gymnasiums auf meine Einladung hin den Deutschen Bundestag. Dabei wurden den Schülern der Tagesablauf eines Abgeordneten während einer Sitzungswoche sowie die Aufgaben eines Abgeordneten und seiner Mitarbeiter erläutert. Die Schüler hatten Gelegenheit, zahlreiche Fragen zu aktuellen politischen Themen zu stellen und interessierten sich insbesondere für die Schwerpunkte Auswärtiges und Menschenrechte, die ich auch in der 18. Legislaturperiode wieder gesetzt habe.



Ich hoffe, den „Zweitbesten“ hat der Aufenthalt in Berlin gefallen und wünsche der Werbeagentur weiterhin viele interessante und lehrreiche Projekte.



Bild: „Die Zweitbesten“ mit Lehrer Christian Mahnke bei ihrem Besuch im Deutschen Bundestag

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 277 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de